

Sehr geehrter Herr Schmid,

als Landesstelle für Suchtfragen in Baden-Württemberg, gemeinsam mit der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg (ajs), sehen wir uns verpflichtet, Sie auf eine ausgesprochen bedenkliche Entwicklung von einzelnen Gastronomiebetrieben aufmerksam zu machen. Gleichzeitig tragen wir hiermit die Bitte an Sie heran, zu dem im Folgenden geschilderten Missstand eine öffentliche Erklärung abzugeben.

In einigen Anzeigen, besonders in der so genannten Erlebnis- oder Partygastronomie, wird seit kurzem mit alkoholischen Freigetränken geworben mit dem Slogan „Einmal zahlen und trinken bis der Arzt kommt“. Hierin sehen wir eine Aufforderung zu gefährlichem Konsum von Alkohol. Mit der Ankündigung der Verteilung von kostenlosen Zigaretten setzt sich ein Anbieter sogar über das seit dem 01.07.2004 in Kraft gesetzte „Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums“ sträflich hinweg.

Wie Ihnen aus Presseberichten bekannt sein wird, ist der gefährliche Alkoholkonsum unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark gestiegen. Stationär behandlungsbedürftige Alkoholvergiftungen bei Kindern und Jugendlichen haben in den letzten beiden Jahren beängstigende Ausmaße angenommen. Die Stuttgarter Zeitung berichtete jüngst (12.01.05), dass sich die Fälle für die Ausnüchterungszelle in den letzten vier Jahren verdoppelt haben und vor allem, dass dabei auch häufiger Jugendliche betroffen sind, die sinnlos betrunken vor Diskotheken aufgefunden werden. Der Polizeipräsident Martin Schairer bewertet in der Stuttgarter Zeitung vom 12.01.05 die „legalen Drogen“ inzwischen als das größte Problem. Eltern, Lehrer und Ärzte äußern ihre Besorgnis zu dieser Entwicklung. Die Institutionen der Suchtprävention, des Jugendschutzes oder Verbände der Jugendarbeit bemühen sich durch Kampagnen, gezielte Projekte und Informationsarbeit dieser Entwicklung entgegen zu wirken, um langfristig negative Folgen, besonders für Jugendliche, abzuwenden.

Als Hotel- und Gaststättenverband haben Sie ein Interesse daran, dass Ihre Branche durch so genannte „Schwarze Schafe“ nicht in Verruf gerät. Indem Sie sich z.B. dafür stark machen, dass der Nichtraucherschutz bei Ihren Mitgliedern mehr Beachtung findet und Sie konkrete Unterstützung dafür anbieten, zeigen Sie, dass Ihnen ein verantwortungsvoller Umgang mit Genuss- und Rauschmitteln am Herzen liegt. Im Sinne von Jugendschutz und Suchtprävention halten wir es für dringend erforderlich, dass Ihr Verband eine öffentliche Stellungnahme sowie eine Empfehlung an Ihre Mitglieder abgibt. Wir erwarten von Ihnen eine Distanzierung von Gastronomiebetrieben, die mit Aufrufen zum Alkoholmissbrauch werben oder sich sogar strafbar machen durch die kostenlose Abgabe von Zigaretten.

Die Landesstelle für Suchtfragen und die Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich zur Verfügung und nehmen mit Ihnen für weitere Informationen gerne das Gespräch auf.

*Unterzeichnet von Eva Weiser, Geschäftsführerin der Landesstelle für Suchtfragen und von Elisabeth Gropper, Geschäftsführerin der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg.*